

Der Landrat

alles im
grünen Bereich....



LANDKREISBIRKENFELD

An

Herrn Kreisbeigeordneten Helmut Billert
Herrn Kreisbeigeordneten Klaus Beck
SPD-Kreistagsfraktion, z. Hd. Herrn Hans Jürgen Noss
CDU-Kreistagsfraktion, z. Hd. Frau Kirsten Beetz
FDP-Kreistagsfraktion, z. Hd. Herrn Dr. Lothar Ackermann
FLKB-Kreistagsfraktion, z. Hd. Herrn Guido Mey
Kreistagsfraktion DIE LINKE, z. Hd. Frau Tanja Krauth
LUB-Kreistagsfraktion, z. Hd. Herrn Uwe Anhäuser

Schneewiesenstraße 25
55765 Birkenfeld

Telefon: 06782/15-211

Telefax: 06782/15-111

e-mail: landrat@landkreis-birkenfeld.de

Internet: www.landkreis-birkenfeld.de

30. Mai 2011

**Ehemalige Urananlage Ellweiler und Landessammelstelle für radioaktive Abfälle;
Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 23.03.2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage übersenden wir Ihnen eine Kopie des Schreibens des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz vom 13. Mai 2011 zur gefälligen Kenntnisnahme.

Zur Frage 10 und deren Beantwortung ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass nach einer Überprüfung sich auf dem Gelände der Urananlage keine Ruhebahn befindet. Außerhalb des Geländes am Radweg zwischen Birkenfeld und Hoppstädten-Weiersbach steht eine Sitzgruppe. Diese wurde nicht von der Kreisverwaltung aufgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Schneider

Landrat
Eing.: 23. Mai 2011
Abteilung: *1*



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
UMWELT, FORSTEN UND
VERBRAUCHERSCHUTZ

Kopie H. Schlöder ✓

Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Herrn Landrat Dr. Schneider
Kreisverwaltung Birkenfeld
Schneewiesenstraße 25
55765 Birkenfeld

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4646
Poststelle@mufv.rlp.de
http://www.mufv.rlp.de

13.05.2011

Mein Aktenzeichen
108-84 400-9.1.4.2/2011-
2#3
Referat 10814

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Herr Klaus Reinheimer
Klaus.Reinheimer@mufv.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-4465
06131 16-174465

Ehemalige Urananlage Ellweiler und Landessammelstelle für radioaktive Abfälle Ellweiler

Anfrage der Fraktion Die Linke im Kreistag Birkenfeld vom 23.03.2011

Ihr Schreiben 25. März 2011

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schneider,

mit Schreiben vom 25. März 2011 baten Sie um Beantwortung der Fragen, die in einer Anfrage der Fraktion Die Linke im Kreistag Birkenfeld vom 23.03.2011 zu dem radioaktiven Material im Steinatal bei Birkenfeld gestellt worden waren. Ihrer Bitte kommen wir gerne nach.

Der Großteil der Fragen bezieht sich auf die Sanierung der Halden der ehemaligen Urananlage Ellweiler sowie auf mögliche Belastungen, die heute von diesen Halden ausgehen könnten. Um den Erfolg der Halden-Sanierung zu belegen und die Dauerhaftigkeit seiner Wirksamkeit langfristig zu sichern, wird im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz seit dem Jahr 1989 ein Radioaktivitäts-Monitoring durchgeführt. Dieses Monitoring belegt, dass seit dem Abschluss der Sa-

1/7

Verkehrsanbindung

① Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden-Nordfriedhof), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau/Paul-Gerhardt-Weg), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“.

② Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Straße oder Bauhofstraße

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)





nierung im Jahre 2000 von dem Gelände keinerlei Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen. Dies vorausgeschickt beantworten wir die Fragen wie folgt:

Frage 1:

Wie ist der Umstand zu bewerten, dass die im Steinautal lagernde atomare Altlast nicht über eine Basisabdichtung verfügt?

Antwort:

Durch die Langzeitabdeckung der Halden kann von oben kein Regenwasser in das Haldenmaterial eindringen. Auch von unten kann ein Auswaschen von kontaminiertem Haldenmaterial ausgeschlossen werden, da das Grundwasser unterhalb des Haldenfußes steht. Eine Verbindung zwischen dem Haldenmaterial und dem Grundwasser besteht lediglich durch Diffusionsvorgänge. Daher lassen sich Spuren von Radionukliden direkt unter den Halden sowie unmittelbar abströmig der Halden nachweisen.

Die Wirksamkeit der Sanierungsmaßnahmen wird mit den jährlich durchgeführten Messungen und mit dem fortgeschriebenen Gutachten zum Langzeitverhalten der Halden dokumentiert. Diese Gutachten haben wir der Kreisverwaltung Birkenfeld zur Verfügung gestellt.

Frage 2:

Welche Behörden/Ministerien überprüfen bzw. überwachen das ehemalige Betriebsgelände heute?

Frage 3:

Welche Art von Messungen (z. B. Dosisleistungswertmessung) werden jeweils von wem durchgeführt (Direktstrahlung, Radonkonzentration in der Luft)?

Antwort:

Das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) führt die hydrochemischen Gewässeruntersuchungen sowie die Ortsdosis- und Radonmessungen auf dem Gelände und in der Umgebung der ehemaligen Urananlage durch.



Die Radionuklidmessungen werden von dem Institut für angewandte Isotopen-, Gas-, und Umweltuntersuchungen (IGU/Wörthsee) durchgeführt.

Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (MUFV) erstellt das Ingenieurbüro BjörnSEN Beratende Ingenieure GmbH (BCE) in Koblenz die jährlichen Gutachten zum Langzeitverhalten der Halden der Urananlage Ellweiler. In diesen Gutachten werden die Messergebnisse des LUWG und des IGU zur Schadstoffbelastung des Grundwassers und des Steinaubaches hinsichtlich physikalisch-chemischer Parameter und Radionuklide bewertet.

Frage 4:

Welche Radionuklide werden dabei ermittelt?

Frage 5:

Wie viele Mess-Stellen gibt es derzeit und wo genau befinden sich diese?

Frage 7:

Wird der Steinaubach ebenfalls regelmäßig überwacht bzw. werden dort Messungen des Wassers und des Bachsediments durchgeführt?

Antwort:

Im Rahmen des Messprogramms des LUWG werden die Gamma-Ortsdosis und die Radonkonzentration an 8 Messstellen auf dem Gelände der ehemaligen Urananlage und an 8 Messstellen in der Umgebung gemessen. An 11 Messstellen werden Grundwasserproben genommen. Zusätzlich werden 2 Oberflächenwasser- und 2 Sedimentproben aus dem Steinaubach gewonnen. In den Gutachten zum Langzeitverhalten der Halden der Urananlage Ellweiler sind ab 1989 die Untersuchungsergebnisse der 23 Parameter zur hydrochemischen Gewässeruntersuchung und die Ergebnisse der Radionukliduntersuchungen aufgeführt. Die Proben werden auf folgende Radionuklide untersucht: Tritium, Uran-238, Uran-234, Uran-235, Radium-226, Blei-210, Neptunium-237 und Cäsium-137. (Die Messstellenpläne sind im Gutachten im Anhang 1.1 und 1.2 dargestellt)



Frage 6.

Ist die Kreisverwaltung in die Überwachung des Geländes dahin gehend eingebunden, dass sie regelmäßig Daten/Berichte vom Land über die jeweiligen Messwerte erhält? Wenn ja, wie lauten die Ergebnisse?

Antwort:

Die Kreisverwaltung erhält vom MUFV das jeweils jährlich fortgeschriebene Gutachten zum Langzeitverhalten der Urananlage Ellweiler.

Frage 8.

Welche Gefahren sieht die Kreisverwaltung nach der damaligen Haldensanierung für die Menschen, die in der näheren Umgebung wohnen?

Frage 9.

Wie ist in diesem Zusammenhang die angrenzende LKW-Parkmöglichkeit, die von Fernfahrern teilweise zum längeren Verweilen bzw. Übernachten genutzt wird (B 41 gegenüber der dortigen Tankstelle) zu sehen?

Antwort:

Die Messergebnisse der Überwachung der Radonkonzentration und der Gamma-Ortsdosis auf dem Gelände der ehemaligen Urananlage und in der Umgebung belegen, dass gegenüber den in der Region üblichen Radon- und Ortsdosiswerten keine höheren Werte gemessen werden. Eine Gefährdung durch Radon oder Direktstrahlung ist somit sowohl für die Menschen der näheren Umgebung als auch für die Fernfahrer auf dem angrenzenden Parkplatz ausgeschlossen.

Die Untersuchungen des Grundwassers im Bereich der ehemaligen Urananlage Ellweiler und des Steinaubaches bestätigen, dass erhöhte Werte lediglich direkt unter den Halden sowie unmittelbar abströmig der Halden festzustellen sind. Da das Grundwasser dort nicht für den menschlichen Genuss genutzt wird, besteht auch auf diesem Weg keine Gefahr für die Menschen in der Umgebung der ehemaligen Urananlage.



Frage 10:

War es wirklich eine gute Idee, auf dem ehemaligen Betriebsgelände öffentlich zugängliche Ruhebänke aufzustellen bzw. werden die Menschen auf die dort lagernden radioaktiven Abfallstoffe hingewiesen?

Antwort:

Aus Sicht des MUFV bestehen aus Strahlenschutzgründen keine Bedenken gegen das Aufstellen von Ruhebänken durch die Kreisverwaltung Birkenfeld.

Frage 11:

Ist es auszuschließen, dass radioaktive Stoffe über den Fischfang in der Nahe (in die der Steinaubach einige Hundert Meter weiter mündet!) in die Nahrungskette des Menschen gelangen?

Antwort:

Eine Belastung des Wassers des Steinaubaches durch die ehemalige Urananlage ist in den vergangenen Jahren nicht erkennbar gewesen. Lediglich im Jahr 2009 wurde bei einer Messung eine geringfügige Erhöhung der Uranbelastung in den Sedimenten festgestellt. Im Nachhinein lässt sich nicht mehr nachvollziehen, ob es sich hierbei um einen Einfluss der Urananlage gehandelt hat oder ob eine natürliche Ursache hierfür verantwortlich war. Eine Belastung durch radioaktive Stoffe aus der ehemaligen Urananlage über den Fischfang kann ausgeschlossen werden.

Frage 12:

Gibt es Erkenntnisse darüber, ob die 1999 gepflanzten Büsche und dort wachsende Baumarten mit ihrem Wurzelwerk die aufgebrachte Kunststoffabdichtung zerstören?

Antwort:

Für die Sanierung der Halden wurden flach wurzelnde Büsche ausgesucht und auf den 2 Meter mächtigen Haldenaufbau oberhalb der Kunststoffabdichtung gepflanzt. Bei der regelmäßig durchgeführten Unterhaltspflege der Halden wird außer den im



Abstand von ein bis zwei Jahren durchgeführten Mäharbeiten auch alle 5 Jahre ein Gehölzrückschnitt von Sträuchern vorgenommen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Kunststoffabdichtung durch Wurzelwerk beeinträchtigt wurde. Ohnehin wurde auf der Kunststoffdichtungsbahn ein Abdecksystem mit einer speziellen Schicht aus Bentonitkies errichtet. Dieses Abdecksystem ist langfristig in der Lage, das Radon in den Halden auch dann sicher zurückzuhalten, wenn die Kunststoffdichtungsbahn ihre bisherige Abschirmfunktion nicht mehr erfüllen sollte.

Frage 13:

Wem gehört das Gelände heute und wer ist für die Sicherheit dort zuständig?

Antwort:

Die Grundstücke gehörten der Gewerkschaft Brunhilde GmbH. Diese ist seit dem 16.02.2007 im Handelsregister gelöscht und damit nicht mehr als Rechtsperson existent. Die Grundstücke stehen daher weder in privatem noch in öffentlichem Eigentum. Das Land überwacht in seiner Zuständigkeit für die Wahrung von Sicherheit und Ordnung im Rahmen der vom Land zu vollziehenden Gesetze die Sicherheit des Geländes.

Frage 14:

Befinden sich in der angrenzenden Landessammelstelle für radioaktive Stoffe derzeit noch Materialien oder Gegenstände, die vom ehemaligen Betriebsgelände bzw. der Urananlage stammen?

Wenn ja, welche Materialien oder Gegenstände in welcher Menge (Gewicht, Fässer) handelt es sich genau?

Antwort:

Aus dem früheren Betrieb der Urananlage wurden rd. 150 Tonnen mit endlagerpflichtigen radioaktiven Abfällen in der Landessammelstelle übernommen. Das Material befindet sich in 797 sogenannten 120- und 200-Liter-Fässern. Es handelt sich dabei um



uranhaltige Produktionsrückstände, wie z.B. Schlämme und Ankrustungen, aus der Reinigung der Komponenten sowie Erzreste und Strahlsande. In Abstimmung mit dem Bundesamt für Strahlenschutz wurden sie nach den damaligen vorläufigen Bedingungen des Bundesendlagers „Schachtanlage Konrad“ konditioniert.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dieter Wolf
